

Klartext



Infoblatt des ver.di Bezirks Wiesbaden Fachbereich 8
Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion

Extra
Dez. '08

Zur Diskussion über Hartz IV und „Ein-Euro-Jobs“ in Wiesbaden Beschluss des ver.di-Bezirksvorstands Wiesbaden vom 9. Dezember 2008

Wir bekräftigen die grundsätzliche Kritik unserer Gewerkschaft an den Hartz-Gesetzen und ihrer praktischen Umsetzung. Dabei teilen wir insbesondere die Befürchtung, dass „Arbeitsgelegenheiten“ im Zuge von Hartz IV (sog. „Ein-Euro-Jobs“) arbeitsrechtlich und tarifrechtlich gestaltete Beschäftigung aushöhlen und zu einer Verdrängung regulärer Beschäftigung führen.

Auch ein aktueller Bericht des Bundesrechnungshofs kommt zu dem Ergebnis, dass „Ein-Euro-Jobs“ kein geeignetes Mittel sind, um Erwerbslose zurück auf den Arbeitsmarkt zu bringen, sondern vielmehr reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängen. Für drei von vier geförderten Hartz IV-Empfängern, so der Bericht, bringen sie zudem „keine messbaren Integrationsfortschritte“ (siehe FAZ 8. Mai 2008). Pressemeldungen der letzten Monate deuten darauf hin, dass dabei auch die Stadt Wiesbaden keine Ausnahme oder „Insel der Glückseligen“ darstellt.

Wir begrüßen es, dass Wiesbadener Gewerkschafter und Wiesbadener Stadtverordnete sich kritisch mit der aktuellen Situation auseinandersetzen, von der Verwaltung mehr Auskunft und Aufklärung verlangen und Veränderungen fordern. Wir fordern alle „Ein-Euro-Jobber“ und Erwerbslosen auf, sich in unserer Gewerkschaft zu organisieren und gemeinsam mit

dem Bezirkserwerbslosenausschuss und den Fachbereichen zu engagieren – gegen die Hartz-Gesetze und ihre Umsetzung vor Ort, gegen den sozialen Kahlschlag in diesem Lande und für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie einen Politikwechsel im Interesse der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen.

„Ein-Euro-Jobs“ sind selbst nach SGB II nur die „Ultima Ratio“ und richten nach einer Untersuchung des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit) bei den Betroffenen mehr Schaden als Nutzen an. Sie helfen bestenfalls nur einigen Gruppen. Wir fordern daher die Umwandlung aller bestehenden „Ein-Euro-Jobs“ in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Alle Diskussionen über „faule“ und „entwöhnte“ Erwerbslose, die man durch „Ein-Euro-Jobs“ vorsichtig „an die Arbeit heranführen“ müsse, sind ebenso eine Ablenkung vom Kernproblem wie isolierte personalisierte Debatten über ein „Fehlverhalten“ einzelner Sachbearbeiter oder Skandalmeldungen über angeblichen „Hausfriedensbruch“ durch einzelne Gewerkschafter.

Die Politik der letzten Jahrzehnte wollte durch eine Umverteilung von unten nach oben und durch Privatisierungen „mehr Wachstum und Beschäftigung“ schaffen und hat das Problem weiter verschärft. Dies hat eine breite Verarmung vorangetrieben und die Gewerkschaften geschwächt.

Wir fordern daher:

- ❑ Statt Billigjobs und Leiharbeit: reguläre, sozialversicherungspflichtige, tarifvertraglich geregelte und unbefristete Stellen, von denen ein Mensch leben kann.
- ❑ Umwandlung von „1-Euro-Jobs“ in dauerhaft geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.
- ❑ Ein beschäftigungswirksames Investitionsprogramm für die Infrastruktur und öffentlichen Dienste von den Krankenhäusern über den öffentlichen Nahverkehr bis zu Bildungseinrichtungen.
- ❑ Privatisierungen stoppen und bereits erfolgte Privatisierungen rückgängig machen!
- ❑ Einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro als Einstieg bundesweit und in allen Branchen sofort!